



2. November 2020

Anhang WBK-S zum Zusatzbericht WBK-N Filmgesetzrevision

Revision Filmgesetz: Finanzielle Auswirkungen und
Bemessungsgrundlagen der Investitionspflicht
Vergleich mit Deutschland, Frankreich und Italien

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|---|---|
| 1 | Ausgangslage Investitionspflicht Filmgesetz..... | 3 |
| 2 | Investitionspflicht Schweiz nach dem Entwurf Filmgesetz | 3 |
| 2.1 | Finanzielle Auswirkungen..... | 3 |
| 2.2 | Weitere Kosten..... | 5 |
| 3 | Bemessungsgrundlagen in den Nachbarländern (D, FR, IT) | 5 |
| 3.1 | Deutschland | 5 |
| 3.2 | Frankreich | 6 |
| 3.3 | Italien | 7 |
| 4 | Fazit | 7 |
| | Anhang:..... | 8 |

1 Ausgangslage Investitionspflicht Filmgesetz

Das Filmgesetz wird im Rahmen der Kulturbotschaft 2021-2024 in verschiedenen Punkten angepasst. Zu den wichtigsten Anpassungen zählt die viel diskutierte Investitionspflicht in das Schweizer Filmschaffen. Im Juni 2020 hat das BAK zu Handen der WBK-Kommission des Nationalrats einen Zusatzbericht erarbeitet, der gewisse Fragen zu den betroffenen Unternehmen, den Auswirkungen auf die Schweizer Veranstalter sowie den in Europa bereits geltenden Regelungen beantwortet¹.

Dieser Anhang zum Zusatzbericht wurde im Anschluss an das Hearing der WBK Ständerrat vom 23. Oktober 2020 vom BAK erarbeitet und beantwortet deren Zusatzfragen.

Einerseits sollen die finanziellen Auswirkungen des Filmgesetzes auf die Filmförderung durch private TV Veranstalter und Online Unternehmen, die Filme anbieten, präzisiert werden.

Andererseits sollen Fragen aus diesem Hearing zur Handhabung der Ansätze und Berechnungsmethoden in den Nachbarländern, die solche Regeln kennen (Frankreich, Deutschland und Italien), erläutert werden.

An diesem Hearing nahmen Vertreter des Verbands Télé suisse (Verband der Regional- und Sprachregionalen TV Veranstalter), der Firma UPC und Netflix sowie die Schweizer Filmproduktionsfirma Zodiac Pictures aus Luzern (Filme: Heidi, Die göttliche Ordnung, usw.) teil.

2 Investitionspflicht Schweiz nach dem Entwurf Filmgesetz

Für die TV Veranstalter in der Schweiz besteht seit 2007 im RTVG die Pflicht, 4% der Bruttoeinnahmen in das Schweizer Filmschaffen zu investieren. Online Plattformen im In- und Ausland sowie ausländische Werbefenster sollen in der Schweiz künftig auch die gleiche Pflicht kennen und einen Beitrag zum Filmschaffen leisten. Ziel dieser Regelung ist die Stärkung der Angebotsvielfalt in der Schweiz und die Finanzierung des Filmstandorts Schweiz. Das Schweizer Modell sieht keine direkte Steuer wie in Deutschland oder Frankreich vor. Alternativ können 4% der Bruttoeinnahmen in den Ankauf von Filmrechten bzw. in die Produktion oder Koproduktion von Schweizer Filmen oder Auftragsproduktionen investiert werden. Verzichtet ein Unternehmen auf Investitionen, werden 4% als Ersatzabgabe an das BAK ausgerichtet. Die Mittel sind zweckgebunden für die Filmförderung zu verwenden. In den letzten Jahren wurden sämtliche Pflichten der TV Unternehmen über Investitionen geleistet. Das Schweizer Modell sieht vor, dass die Ersatzabgabe nur dann greift, wenn die Investitionen nicht getätigt wurden.

Ohne eine solche Regel fließen die von ausländischen in der Schweiz generierten Einnahmen vollumfänglich ins Ausland zurück.

2.1 Finanzielle Auswirkungen

Die nachfolgende Aufstellung zeigt die finanziellen Auswirkungen der Investitionspflicht nach Bereichen in der Schweiz. Sie zeigt die heute seit 2007 geltende Investitionspflicht von 4% nach dem Radio- und Fernsehgesetz (Art. 7 Abs. 2 RTVG) auf, und folgt mit verschiedenen Varianten (Variante Bundesrat mit 4%, Variante Nationalrat, sowie weitere Varianten) und zeigt deren Auswirkungen aus.

Die Zahlen werden mit den jeweiligen Quellenangaben belegt. Nicht abgebildet sind alternative Modelle, wie zum Beispiel eine Investitionspflicht von 3% mit einer Ersatzabgabe von 4%, die von NR Studer vorgeschlagen wurde.

¹ https://www.bak.admin.ch/dam/bak/de/dokumente/kulturschaffende-film/gesetze/zusatzbericht-wbk-n-filmgesetzrevision.pdf.download.pdf/Bericht%20Film%20WBK-N_D.pdf

Die Investitionspflicht berechnet sich aus den Bruttoeinnahmen, die aufgrund des Filmangebots (Plattformen) bzw. des Programms (TV) erzielt werden.

Die Bruttoeinnahmen umfassen im Besonderen Werbeeinnahmen, Abonnementseinnahmen (S-VOD) sowie Einnahmen aus dem Verkauf von einzelnen Filmen (T-VOD) sowie weiteren Einnahmen aus Nutzungsrechten. Das Gesetz sieht vor, allfällige Subventionen von den Einnahmen abzuziehen.

Übersicht 1: Finanzielle Auswirkungen nach der NR Abstimmung

Investitionspflicht in das Schweizer Filmschaffen (in Mio. Franken, Totals gerundet)²

| Bereiche | Einnahmen/ Umsätze Pro Jahr | Quelle | Aktuell nach 4% RTVG | Bundesrat Vorschlag | Vorlage nach NR (1%)* | Variante (2%) | Variante (3%) |
|--|-----------------------------------|--------|----------------------------|------------------------|-----------------------------|------------------|------------------|
| Sprachregionale und Nat. TV | 100 | (1) | 4 | 4 | 1 | 2 | 3 |
| Online Plattformen (TVOD) | 22 | (2) | / | 0.9 | 0.2 | 0.4 | 0.7 |
| Darunter Onlineangebot von Netzbetreibern (u.a. UPC, Swisscom, usw.) | 89 | (2) | / | 3.6 | 0.9 | 1.8 | 2.7 |
| Online Plattformen (SVOD) | 191 | (3) | | 7.6 | 1.9 | 3.8 | 5.7 |
| Ausl. Werbefenster | 312 | (4) | / | 12.5 | 3.1 | 6.2 | 9.4 |
| Regionale TV Veranstalter | 69 | (5) | / | / | / | / | / |
| | | | 4 | 29 | 7* | 14 | 21 |

***Zum Vorschlag NR:** in diesen 7 Millionen sind die weiteren Reduktionen der Investitionspflicht der TV's und ausl. Werbefenster durch die Streichung des Programmbegriffs nicht eingerechnet. Wenn nur die Werbeeinnahmen vor und nach den Filmen berechnet werden und nicht mehr die Umsätze auf das Gesamtprogramm, wird sich die Pflicht nochmals erheblich reduzieren.

Für die sprachregionalen Veranstalter bedeuten die vom Nationalrat vorgeschlagenen neuen Ansätze von 1% eine Reduktion ihrer Verpflichtung, weil das RTVG mit der heute geltenden 4% Investitionspflicht in Zukunft auf 1% herabgesetzt würde. Dadurch reduziert sich die heute zu entrichtende Pflicht von rund 4 Millionen Franken auf 1 Million Franken.

Die Schweizer Lösung für die Investitionspflicht soll einfach, verständlich, nachvollziehbar sein und den administrativen Aufwand der betroffenen Unternehmen wie auch der Bundesverwaltung möglichst schlank halten (siehe zum Vergleich Anhang gesetzliche Grundlagen Ausland D, FR, IT).

² Quellen:

(1) Jahresberichterstattung 2018 BAKOM

(2) Der Umsatz der Onlineplattformen setzt sich aus Einzelvermietungen von Filmen (TVOD, z. Bsp. I-Tunes) und Abonnements (SVOD, Bsp.: Netflix) zusammen. Für TVOD gibt die Branche (www.svv-video.ch) für das Jahr 2017 (letzte publizierte Zahlen) einen Umsatz von 92.5 Millionen Franken an. Wir gehen davon aus, dass der TVOD-Umsatz unterdessen um 20% gewachsen ist und 111 Millionen Franken ergibt. Schätzungsweise 80% davon Umsatz wird von den **Netzbetreibern** erzielt (89 Millionen Franken) und 20% von den reinen **Internetplattformen** (22 Millionen Franken).

(3) **SVOD Plattformen** (Abonnementsdienste) wie der grösste Anbieter in der Schweiz Netflix hat nach eigenen Angaben 700 000 bis 800 000 Abonnements, was bei einem mittleren Preis von 17 Franken einen mittleren Umsatz von 153 Millionen Franken ergibt. Es gibt keine Zahlen der Branche zu SVOD, aber der Marktanteil von Netflix kann auf 80% geschätzt werden, womit der gesamte SVOD-Umsatz auf **191 Millionen Franken** geschätzt werden kann.

(4) Werbestatistik Schweiz 2019 (BAKOM)

(5) Jahresberichterstattung 2018 BAKOM (letzte verfügbare Zahlen)

2.2 Weitere Kosten

Für die Umsetzung der Investitionspflicht (Aufbau, Umsetzung der Investitionspflicht, der Quotenprüfung und der Meldepflicht) wurden im Rahmen der Kulturbotschaft 160 Stellenprozente beantragt. Diese verteilen sich auf zwei Stellen (80% Wissenschaftliche Stelle und 80% Sachbearbeitung). Diese Kosten werden intern im BAK vollumfänglich kompensiert, verursachen keinen zusätzlichen finanziellen Aufwand und sind somit budgetneutral.

3 Bemessungsgrundlagen in den Nachbarländern (D, FR, IT)

Die Länder im EU Raum passen derzeit ihre internen Gesetzgebungen an die EU Richtlinie über die audiovisuellen Mediendienste an (AVMD Richtlinie). Dazu gehört unter anderem die Quote für europäische Filme (30%) sowie die Möglichkeit, TV Veranstalter und Plattformen neu grenzüberschreitend zur Förderung der Filmproduktion zu verpflichten. Grenzüberschreitend sind in erster Linie grosse Plattformen wie Netflix, Amazon, Google, sowie Werbefenster (TF1, M6, RTL).

Die nachfolgenden Regelungen beschreiben den Ist-Zustand (1. November 2020) in Deutschland, Frankreich und Italien. Diese Regeln befinden sich zurzeit in verschiedenen Ländern in Überarbeitung. Die Tabellen stellen einerseits die Bemessungsgrundlagen zusammen sowie die je nach Bereich unterschiedlichen Ansätze.

3.1 Deutschland

In Deutschland leisten sowohl TV Unternehmen als auch Video-on Demand Plattformen Investitionen bzw. Abgaben. Die Investitionsverpflichtungen in Deutschland werden nur im Grundsatz geregelt, die effektive Höhe der Verpflichtungen wird vertraglich vereinbart.

Jede Online Plattform, die mehr als 500'000 Euro Einnahmen erzielt, ist abgabepflichtig. Bis 20 Millionen Umsatz beträgt die direkte Abgabe 1.8%, über 20 Millionen Euro beträgt der Satz 2.5%.

Übersicht 2: Berechnungsgrundlagen in Deutschland (kumulativ)

| Veranstalter | Referenzumsatz | Investitionspflicht | Abgabe |
|-----------------|--|--|--|
| Private Free TV | Nettowerbeumsatz | Obligatorisch, aber kein fixer Prozentsatz (einen wesentlichen Anteil) | 0.15% bis 0.95% nach Anteil Kinofilme im Programmangebot |
| Pay TV | Nettoumsätze mit Abonnementverträgen in Deutschland (Programme mit weniger als 2% Sendezeit Kinofilme befreit) | Obligatorisch, aber kein fixer Prozentsatz (einen wesentlichen Anteil) | 0.25% |
| Public TV | Kosten für die Ausstrahlung von Kinofilmen (Kauf, Koproduktion und Verwaltung) | Obligatorisch, aber kein fixer Prozentsatz (einen wesentlichen Anteil) | 3% |

| | | | |
|---------------------------------|---|--|-----------------------------------|
| VOD (auch ausländische Dienste) | In Deutschland erzielter Nettoumsatz auf dem Kinofilmangebot ³ | Obligatorisch, aber kein fixer Prozentsatz (einen wesentlichen Anteil) | 1.8% bis 20 M€ 2.5% über 20 M€ |
|---------------------------------|---|--|-----------------------------------|

3.2 Frankreich

Frankreich kennt sowohl eine direkte Abgabepflicht als auch eine Investitionspflicht. Die Sätze sind wesentlich höher als in der Schweiz und Deutschland. Die unten aufgeführten Berechnungsgrundlagen werden in Frankreich aktuell angepasst und die Ansätze erhöht.

Im Gegensatz zu anderen Ländern sind die Ansätze und Berechnungsgrößen in Frankreich je nach Bereich unterschiedlich ausgestaltet (T-VOD, S-VOD, usw.). Auch innerhalb eines Bereiches (TV) können verschiedene Ansätze, je nach Filmangebot, gelten.

Übersicht 3: Berechnungsgrundlagen in Frankreich (kumulativ Abgaben und Investitionspflichten)

| Veranstalter | Referenzumsatz | Investitionspflicht | Abgabe |
|--|--|---|--------|
| Private Free TV | Jahresumsatz ohne MWST (Werbung, Medienabgabe, Mehrwertdienste, Abonnemente) | 3.2% in europäische Filme, davon 2.5% in französischsprachige Filme. 14 bis 15% in europäische oder französischsprachige Fernsehfilme/serien | 5.65% |
| Thematic Cinema TV (bis zu 500 Filme/Jahr) | Jahresumsatz ohne MWST (Werbung, Medienabgabe, Mehrwertdienste, Abonnemente) | 12.5 bis 27% in europäische Filme, davon 9.5 bis 22% in französischsprachige Filme. 3.6% in europäische oder französischsprachige Fernsehfilme/serien | 5.65% |
| Public TV | Jahresumsatz ohne MWST (Medienabgabe) | 3.5% in europäische Filme, davon 2.5% in französischsprachige Filme. 14 bis 15% in europäische oder französischsprachige Fernsehfilme/serien | 5.65% |
| TVOD (Umsatz > 10 M€) | Jahresumsatz (Abonnemente, Werbung) | 15% in europäische Filme, davon 12% in französischsprachige Filme. Drei Viertel muss in unabhängige Produktion investiert werden. | 2% |
| SVOD | Jahresumsatz (Abonnemente, Werbung) | 15 bis 26% in europäische Filme, davon 12 bis 22% in französischsprachige Filme nach dem Anteil neuerer Kinofilme im Angebot. Drei Viertel muss in unabhängige Produktion investiert werden. Ab 2021: 20 bis 25% in europäische Filme. 20% muss in Kino investiert werden. Bei Kinofilmen muss 75% und bei Fernsehformate und Serien 60% in unabhängige Produktion investiert werden | 2% |

³ Bericht des Europarats: <https://rm.coe.int/european-works-mapping/16809333a5>

3.3 Italien

In Italien kennt man eine Investitionspflicht. Die Sätze sind auch hier wesentlich höher als in der Schweiz und Deutschland. Die Bemessungsgrundlagen (Werbeeinnahmen, Nettoumsatz, usw.) sind dieselben wie in den übrigen Ländern, die eine solche Pflicht kennen.

Übersicht 4 : Berechnungsgrundlagen in Italien

| Veranstalter | Referenzumsatz | Investitionspflicht | Abgabe |
|---------------------------------|--|---|--------|
| Private Free und Pay TV | Nettoumsatz (Werbung, Teleshopping, Sponsoren, Leistungsvereinbarungen, Subventionen, Pay TV ausser Sport) | 15% für europäische Filme, davon 4.5% für italienischsprachige Filme. | - |
| Public TV | Nettoumsatz (Medienabgabe, Werbung) | 20% für europäische Filme, davon 5% für italienischsprachige Filme. | - |
| VOD (auch ausländische Dienste) | Nettoumsatz in Italien | 20% für europäische Filme, davon 10% für italienischsprachige Filme | - |

4 Fazit

Die Ansätze der Investitionspflicht im benachbarten Ausland sind im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrates teils erheblich höher. In Deutschland sind die Ansätze zwischen 1.8 und 2.5% zwar tiefer, aber es handelt sich um eine reine Abgabe, die an die deutsche Filmförderungsanstalt fliesst.

Die Belastung des vorgeschlagenen Modells ist angemessen und stützt sich auf die bestehenden Ansätze des RTVG (Art. 7 Abs. 2). Die Umsatzschwelle von 2.5 Millionen Franken sowie eine minimale Anzahl von 12 gezeigten Filmen befreien kleinere Unternehmen, wie zum Beispiel Regionalfernsehen.

Die Schweiz beabsichtigt eine einheitliche und übersichtliche Berechnungsgrundlage für alle Unternehmen und behandelt alle Marktteilnehmer (ob Plattform oder TV) gleich, was eine Planungssicherheit bietet.

Investitionen können von betroffenen Unternehmen über mehrere Jahre verteilt werden (4 Jahre). Damit können Investitionen besser auf tatsächliche Tätigkeiten optimiert werden, als bei einer jährlichen Pflicht. Dies ist gerade bei Serienproduktionen von Vorteil, in denen die Investitionen von Jahr zu Jahr fluktuieren können.

Ohne entsprechende Regelungen in der Schweiz würde die in unserem Land generierte Wertschöpfung von grossen ausländischen Plattformen und Werbefenstern in die Nachbarländer abfliessen.

Anhang: Verweise zu den Regeln im Ausland (Originalsprache)

Der folgende Anhang enthält die Verweise zu den wichtigsten Regelungen in Deutschland, Frankreich und Italien. Die unten aufgeführten Regeln befinden sich teilweise in der Überarbeitung (z. Beispiel Frankreich mit einer Investitionspflicht zwischen 20-25% auf Filmplattformen, die Filme über Abonnemente anbieten).

a. Deutschland

Grundlage: Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV)

Investitionspflicht

§ 6 Absatz 3: *Fernsehvollprogramme sollen einen wesentlichen Anteil an Eigenproduktionen sowie Auftrags- und Gemeinschaftsproduktionen aus dem deutschsprachigen und europäischen Raum enthalten. Das gleiche gilt für Fernsehspartenprogramme, soweit dies nach ihren inhaltlichen Schwerpunkten möglich ist.*

§ 6 Absatz 3: *Im Rahmen seines Programmauftrages und unter Berücksichtigung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur qualitativen und quantitativen Sicherung seiner Programmbeschaffung berechtigt, sich an Filmförderungen zu beteiligen, ohne dass unmittelbar eine Gegenleistung erfolgen muss. Weitere landesrechtliche Regelungen bleiben unberührt.*

Telemedien (Online Medien) des öffentlichen Rundfunks

§ 11d Absatz 2: *Der Auftrag nach Absatz 1 umfasst insbesondere ... 2. Sendungen ihrer Programme auf Abruf von europäischen Werken angekaufter Spielfilme und angekaufter Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind, bis zu dreißig Tage nach deren Ausstrahlung, wobei die Abrufmöglichkeit grundsätzlich auf Deutschland zu beschränken ist, ...*

§ 11d Absatz 5: *Nicht zulässig sind in Telemedienangeboten:*

... 2. *das Angebot auf Abruf von angekauften Spielfilmen und angekauften Folgen von Fernsehserien, die keine Auftragsproduktionen sind mit Ausnahme der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 genannten europäischen Werke*

Zurechnung von Programmen (private Veranstalter)

§ 28 Absatz 1: *Einem Unternehmen sind sämtliche Programme zuzurechnen, die es selbst veranstaltet oder die von einem anderen Unternehmen veranstaltet werden, an dem es unmittelbar mit 25 vom Hundert oder mehr an dem Kapital oder an den Stimmrechten beteiligt ist. Ihm sind ferner alle Programme von Unternehmen zuzurechnen, an denen es mittelbar beteiligt ist, sofern diese Unternehmen zu ihm im Verhältnis eines verbundenen Unternehmens im Sinne von § 15 Aktiengesetz stehen und diese Unternehmen am Kapital oder an den Stimmrechten eines Veranstalters mit 25 vom Hundert oder mehr beteiligt sind. Die im Sinne der Sätze 1 und 2 verbundenen Unternehmen sind als einheitliche Unternehmen anzusehen, und deren Anteile am Kapital oder an den Stimmrechten sind zusammenzufassen. Wirken mehrere Unternehmen aufgrund einer Vereinbarung oder in sonstiger Weise derart zusammen, dass sie gemeinsam einen beherrschenden Einfluss auf ein beteiligtes Unternehmen ausüben können, so gilt jedes von ihnen als herrschendes Unternehmen.*

§ 28 Absatz 2: *Einer Beteiligung nach Abs. 1 steht gleich, wenn ein Unternehmen allein oder gemeinsam mit anderen auf einen Veranstalter einen vergleichbaren Einfluss ausüben kann. Als vergleichbarer Einfluss gilt auch, wenn ein Unternehmen oder ein ihm bereits aus anderen Gründen nach Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1 zurechenbares*

Unternehmen

1. *regelmäßig einen wesentlichen Teil der Sendezeit eines Veranstalters mit von ihm zugelieferten Programmteilen gestaltet oder*
2. *aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, satzungsrechtlicher Bestimmungen oder in sonstiger Weise eine Stellung innehat, die wesentliche Entscheidungen eines Veranstalters über die Programmgestaltung, den Programmeinkauf oder die Programmproduktion von seiner Zustimmung abhängig macht.*

Grundlage: Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des deutschen Films (Filmförderungsgesetz – FFG)

Videoabrufdienste

§ 153 Absatz 1: *Inhaber von Lizenzrechten mit Sitz oder Niederlassung im Inland, die zu gewerblichen Zwecken hergestellte Kinofilme mittels entgeltlicher oder werbefinanzierter Videoabrufdienste verwerten, haben vom in Deutschland erzielten Nettoumsatz mit der Verwertung von Kinofilmen eine Filmabgabe zu entrichten, wenn dieser 500 000 Euro im Jahr übersteigt.*

§ 153 Absatz 2: *Für Inhaber von Lizenzrechten ohne Sitz oder Niederlassung im Inland gilt Absatz 1 entsprechend für Angebote von deutschsprachigen Videoabrufdiensten in Bezug auf in Deutschland erzielte Umsätze. Die Abgabepflicht nach Satz 1 besteht nicht, wenn die entsprechenden Umsätze am Ort des Unternehmenssitzes zu einem vergleichbaren finanziellen Beitrag zur Förderung von Kinofilmen durch eine Filmfördereinrichtung herangezogen werden.*

§ 153 Absatz 3: *Die Filmabgabe beträgt*

1. *bei einem Jahresumsatz von bis zu 20 Millionen Euro 1,8 Prozent und*
2. *bei einem Jahresumsatz von über 20 Millionen Euro 2,5 Prozent.*

Öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten

§ 154 Absatz 1: *Die öffentlich-rechtlichen Fernsehveranstalter haben eine Filmabgabe in Höhe von 3 Prozent ihrer Kosten für die Ausstrahlung von Kinofilmen des vorletzten Jahres zu zahlen. Zu den Kosten zählen die Lizenzkosten, anteilige Programmverbreitungs- und Verwaltungskosten sowie Koproduktionsbeiträge zu Kinofilmen.*

Privatrechtliche frei empfangbare Fernsehanstalten

§ 155 Absatz 1: *Die Veranstalter frei empfangbarer Fernsehprogramme privaten Rechts haben für Fernsehprogramme mit einem Kinofilmanteil von mindestens 2 Prozent eine Filmabgabe zu leisten, wenn ihr Nettowerbeumsatz 750 000 Euro übersteigt.*

§ 155 Absatz 3: *Die Filmabgabe bemisst sich nach den Nettowerbeumsätzen des vorletzten Jahres. Sie beträgt bei einem Anteil von Kinofilmen an der Gesamtsendezeit*

1. *von weniger als 10 Prozent 0,15 Prozent,*
2. *von mindestens 10, aber weniger als 18 Prozent 0,35 Prozent,*
3. *von mindestens 18, aber weniger als 26 Prozent 0,55 Prozent,*
4. *von mindestens 26, aber weniger als 34 Prozent 0,75 Prozent und*
5. *von mindestens 34 Prozent 0,95 Prozent.*

Bezahlfernsehen

§ 156 Absatz 1: *Die Veranstalter von Bezahlfernsehen gegen pauschales Entgelt haben eine Filmabgabe in Höhe von 0,25 Prozent ihrer Nettoumsätze mit Abonnementverträgen mit Letztverbraucherinnen und Letztverbrauchern in Deutschland im vorletzten Jahr zu leisten, soweit diese Umsätze nicht auf die Erbringung technischer Leistungen entfallen und 750 000 Euro im Jahr übersteigen.*

§ 156 Absatz 4: *Bei der Berechnung der Abgabenhöhe sind nur solche Programmangebote einzubeziehen, die in Deutschland veranstaltet und verbreitet werden. Nicht einzubeziehen sind Programmangebote, bei denen der Anteil von Kinofilmen an der Gesamtsendezeit*

weniger als 2 Prozent beträgt.

Medialeistungen (Werbung)

§ 157 Absatz 1: Die Fernsehveranstalter können bis zu 40 Prozent ihrer Abgaben nach den §§ 154, 155 und 156 Absatz 1 und 2 in Form von Werbezeiten für Kinofilme (Medialeistungen) erbringen. Hierbei muss der Wert der Medialeistungen nach dem Bruttolistenpreis den Wert der ersetzten Barleistungen um die Hälfte überschreiten.

Zusätzliche Leistungen der Fernsehveranstalter und Programmvermarkter

§ 158 Über die sich aus den §§ 154 bis 156 ergebenden Beträge hinausgehende Zahlungen oder sonstige Leistungen der Fernsehveranstalter und Programmvermarkter werden in Verträgen mit der Filmförderungsanstalt vereinbart.

Grundlage: Abkommen zwischen FFA und ARD und ZDF 2017

§ 2 Absatz 2: Die öffentlich-rechtlichen Fernsehveranstalter übermitteln der FFA die Kosten für die Ausstrahlung von Kinofilmen des vorletzten Jahres. Nach § 150 FFG ist ein Kinofilm im Sinne des § 154 FFG ein Film, der in Deutschland oder in seinem Ursprungsland gegen Entgelt im Kino aufgeführt wurde.

§ 2 Absatz 4: Sollte die von den Landesrundfunkanstalten jährlich insgesamt zu zahlende gesetzliche Filmabgabe den Betrag von 5,5 Mio. € unterschreiten, stellen die Landesrundfunkanstalten den Differenzbetrag der FFA als freiwillige Geldleistung zur Verfügung.

Sollte die vom ZDF jährlich zu zahlende gesetzliche Filmabgabe den Betrag von 5,5 Mio. € unterschreiten, stellt das ZDF den Differenzbetrag wie folgt zur Verfügung: bis zu 1% der Bemessungsgrundlage für die gesetzliche Abgabe als freiwillige Geldleistung und bis zu 800.000,- € brutto als Sachleistung nach Maßgabe von § 4 dieses Abkommens. Einen etwaig darüber hinausgehenden Differenzbetrag wird das ZDF zur Aufstockung der Gemeinschaftsproduktionsmittel nach § 5 dieses Abkommens verwenden.

Werbeleistungen

§ 2 Absatz 2: Zusätzlich zu den Geldleistungen stellt die ARD Sachleistungen in Form von Werbezeiten im Wert von

1,5 Mio. € brutto im Jahr 2017

1,5 Mio. € brutto im Jahr 2018

1,5 Mio. € brutto im Jahr 2019

1,5 Mio. € brutto im Jahr 2020

1,5 Mio. € brutto im Jahr 2021

Investition

§ 5 Absatz 1: Neben der sich aus § 154 Abs. 1 FFG ergebenden gesetzlichen Abgabepflicht verpflichten sich ARD und ZDF zur Durchführung von Gemeinschaftsproduktionen zwischen Film und Fernsehen, im Rahmen ihrer genehmigten Haushaltsmittel Mittel

für 2017 4,6 Mio. €

für 2018 4,6 Mio. €

für 2019 4,6 Mio. €

für 2020 4,6 Mio. €

für 2021 4,6 Mio. €

je zur Hälfte zur Verfügung zu stellen.

Unabhängigkeit

§ 6 Absatz 1: Eine Gemeinschaftsproduktion im Sinne dieses Abkommens liegt vor, wenn es sich um einen Film handelt,

a) der den Vorschriften des Filmförderungsgesetzes in der ab dem 1.1.2017 geltenden

Fassung sowie den auf seiner Grundlage erlassenen Richtlinien und sonstigen ergänzenden Vereinbarungen unterfällt und

b) für dessen Herstellung die Rundfunkanstalt und der filmwirtschaftliche Hersteller die erforderlichen finanziellen, künstlerischen und/oder technischen Leistungen gemeinsam erbringen. Eine gemeinsame finanzielle Leistung liegt nur dann vor, wenn der filmwirtschaftliche Hersteller einen Eigenanteil von mindestens 5 % der anerkannten Herstellungskosten oder im Falle einer internationalen Gemeinschaftsproduktion von mindestens 5 % des Finanzierungsanteils des deutschen Herstellers erbringt. § 63 Abs. 2 bis 5 des FFG gelten entsprechend.

§ 6 Absatz 2: Es soll grundsätzlich vermieden werden, dass die Rundfunkanstalten mit Herstellern koproduzieren, die von ihnen wirtschaftlich abhängig sind oder auf die sie einen bestimmenden Einfluss haben.

§ 6 Absatz 3: Vorrangig den Fernsehinteressen dienende Filme sollen nicht Gegenstand der Gemeinschaftsproduktion sein.

b. Frankreich

Base : Code du cinéma et de l'image animée

Art. L115-7 : La taxe est assise sur le montant hors taxe sur la valeur ajoutée :

1° Pour les éditeurs de services de télévision, au titre de chacun des services de télévision édités et de leurs activités connexes :

a) Des sommes versées par les annonceurs et les parrains, pour la diffusion de leurs messages publicitaires et de parrainage y compris sur les services de télévision de rattrapage, aux redevables concernés. Les sommes reversées par une personne mentionnée au troisième alinéa de l'article L. 115-6 à un éditeur mentionné au premier alinéa du même article L. 115-6 sont incluses dans l'assiette de la taxe due par cet éditeur et exclues de l'assiette de la taxe due par la personne mentionnée au troisième alinéa dudit article L. 115-6 ;

b) Du produit de la contribution à l'audiovisuel public encaissé par les redevables concernés, à l'exception de la société nationale de programme France Télévisions au titre de ses services de télévision spécifiques à l'outre-mer, et des autres ressources publiques. Pour la société nationale de programme France Télévisions, le montant de ce produit fait l'objet d'un abattement de 8 % ;

c) Des sommes versées directement ou indirectement par les opérateurs de communications électroniques aux redevables concernés, à raison des appels téléphoniques à revenus partagés, des connexions à des services télématiques et des envois de minimessages qui sont liés à la diffusion de leurs programmes, à l'exception des programmes servant une grande cause nationale ou d'intérêt général ;

2° Pour les distributeurs de services de télévision :

a) Des abonnements et autres sommes acquittés par les clients en rémunération d'un ou plusieurs services de télévision. Le produit de ces abonnements et autres sommes fait l'objet d'une déduction de 10 % ;

b) Des abonnements et autres sommes acquittés par les clients en rémunération d'une offre destinée au grand public, composée ou non de plusieurs autres offres, qui comprend l'accès à un réseau de communications électroniques au sens du 2° de l'article L. 32 du code des

postes et des communications électroniques, dès lors que cet accès permet de recevoir des services de télévision. Le produit de ces abonnements et autres sommes fait l'objet d'une déduction de 66 %.

Base : Code général des impôts

Article 1609 sexdecies B :

I. – Une taxe sur la diffusion en vidéo physique et en ligne de contenus audiovisuels est due à raison des opérations :

...

III. – La taxe est assise sur le montant hors taxe sur la valeur ajoutée :

1° Du prix acquitté en contrepartie des opérations de vente et location mentionnées au 1° du I ;

2° Du prix acquitté en contrepartie de l'accès à des œuvres cinématographiques et audiovisuelles mentionné au 2° du même I ;

3° Des sommes versées par les annonceurs et les parrains, pour la diffusion de leurs messages publicitaires et de parrainage sur les services mentionnés aux 2° et 3° dudit I, aux redevables concernés. Les sommes reversées par une personne mentionnée au 4° du II à une personne mentionnée au 3° du même II sont incluses dans l'assiette de la taxe due par cette dernière et exclues de l'assiette de la taxe due par la personne mentionnée au 4° dudit II. Ces sommes font l'objet d'un abattement de 66 % pour les services donnant ou permettant l'accès à des contenus audiovisuels créés par des utilisateurs privés à des fins de partage et d'échanges au sein de communautés d'intérêt.

IV. – Ne sont pas compris dans l'assiette de la taxe :

1° Les sommes versées par les annonceurs et les parrains, pour la diffusion de leurs messages publicitaires et de parrainage sur les services de télévision de rattrapage, qui sont déjà soumises à la taxe prévue aux articles L. 115-6 à L. 115-13 du code du cinéma et de l'image animée ;

2° Pour les redevables établis en France, le montant acquitté au titre d'une taxe due à raison des opérations mentionnées au I du présent article dans un autre Etat membre de l'Union européenne, autre que la taxe sur la valeur ajoutée.

V ... La taxe est exigible dans les mêmes conditions que celles applicables en matière de taxe sur la valeur ajoutée. Elle est constatée, liquidée, recouvrée et contrôlée selon les mêmes procédures et sous les mêmes sanctions, garanties, sûretés et privilèges que la taxe sur la valeur ajoutée. Les réclamations sont présentées, instruites et jugées selon les règles applicables à cette même taxe.

Décret n° 2010-747 du 2 juillet 2010 relatif à la contribution à la production d'œuvres cinématographiques et audiovisuelles des services de télévision diffusés par voie hertzienne terrestre

Œuvres cinématographiques

Œuvres cinématographiques

Art. 2 : *Pour l'application du présent chapitre, ne sont pas pris en compte dans le chiffre d'affaires net de l'exercice :*

1° La taxe sur la valeur ajoutée ;

- 2° Les frais de régie publicitaire dûment justifiés ;
- 3° La taxe prévue à l'article L. 115-6 du code du cinéma et de l'image animée ;
- 4° La part consacrée à la programmation d'émissions sur une zone géographique dont la population recensée est inférieure à 10 millions d'habitants.

Œuvres audiovisuelles

Art. 8 : Pour l'application du présent chapitre, ne sont pas pris en compte dans le chiffre d'affaires net de l'exercice :

- 1° La taxe sur la valeur ajoutée ;
- 2° Les frais de régie publicitaire dûment justifiés ;
- 3° Les taxes prévues à l'article L. 115-6 du code du cinéma et de l'image animée et à l'article 302 bis KG du code général des impôts ;
- 4° La part consacrée à la programmation d'émissions sur une zone géographique dont la population recensée est inférieure à 10 millions d'habitants ;
- 5° Pour les éditeurs de services dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur à 200 millions d'euros, les recettes provenant de la promotion effectuée sur le service de l'éditeur dont le paiement intervient par compensation dans le cadre d'un échange de biens ou de services, dans la limite de 5 % du chiffre d'affaires annuel de l'éditeur de services dont le chiffre d'affaires annuel est supérieur ou égal à 100 millions d'euros et de 10 % du chiffre d'affaires annuel de l'éditeur de services dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur à 100 millions d'euros.

Décret n° 2010-416 du 27 avril 2010 relatif à la contribution cinématographique et audiovisuelle des éditeurs de services de télévision et aux éditeurs de services de radio distribués par les réseaux n'utilisant pas des fréquences assignées par le Conseil supérieur de l'audiovisuel

Œuvres cinématographiques

Art. 5 : Pour l'application de la présente section, ne sont pas pris en compte dans le chiffre d'affaires net de l'exercice :

- 1° La taxe sur la valeur ajoutée ;
- 2° Les frais de régie publicitaire dûment justifiés ;
- 3° La taxe prévue à l'article L. 115-6 du code du cinéma et de l'image animée ;
- 4° La part consacrée à la programmation d'émissions sur une zone géographique dont la population recensée est inférieure à 10 millions d'habitants.

Œuvres audiovisuelles

Art. 10 : Pour l'application de la présente section, on entend par ressources totales nettes de l'exercice, pour un éditeur de services, le total des ressources reçues des distributeurs de services pour l'exploitation en France du service sur tout réseau et par tout procédé de communications électroniques, ainsi que celles issues des recettes publicitaires, de parrainage, de téléachat, de placement de produits et d'exploitation des services de télévision de rattrapage mentionnés au dernier alinéa du I de l'article 33-1 de la loi du 30 septembre 1986 susvisée, après déduction de :

- 1° La taxe sur la valeur ajoutée ;
- 2° Les frais de régie publicitaire dûment justifiés ;
- 3° Les taxes prévues aux articles 302 bis KG du code général des impôts et L. 115-6 du code du cinéma et de l'image animée ;
- 4° La part consacrée à la programmation d'émissions sur une zone géographique dont la population recensée est inférieure à 10 millions d'habitants ;
- 5° Dans la limite de 10 % des ressources totales de l'éditeur de services, les recettes provenant de la promotion effectuée sur le service de l'éditeur dont le paiement intervient par compensation dans le cadre d'un échange de biens ou de services.

Base : Décret n° 2010-1379 du 12 novembre 2010 relatif aux services de médias audiovisuels à la demande

Art. 2 . Absatz I : Pour l'application du présent chapitre, ne sont pas prises en compte dans le chiffre d'affaires annuel net d'un service :

1° La taxe sur la valeur ajoutée ;

2° La taxe prévue à l'article 1609 sexdecies B du code général des impôts.

Base : Evolution actuelle en France

Le Monde 23.10.2020 und Les Echos 28.10.2020 über ein Décret fixant les obligations des services de vidéo à la demande par abonnement (SVOD)

Le projet de décret prévoit que les plates-formes investissent entre 20 % et 25 % de leur chiffre d'affaires dans la création. Le taux évoluera en fonction de la place qu'elles souhaitent occuper dans la chronologie des médias, qui fixe le délai de diffusion des films après leur sortie en salle. Ainsi, pour avoir le droit de programmer les œuvres moins d'un an après leur sortie au cinéma, Amazon ou Netflix devront investir 25 % de leurs recettes. Pour un délai moins favorable, entre treize et vingt-quatre mois, le taux sera de 22,5 %. Enfin, à 20 % de leur chiffre d'affaires, elles devront attendre au moins vingt-cinq mois.

- Les plateformes devront investir 20% de leur investissement dans le cinéma*
- Les plateformes devront confier 75% de leur investissement dans le cinéma et 60% de leurs investissements de l'audiovisuel dans la « production indépendante », soit des sociétés de production externes.*
- Les filiales européennes des géants américains pourront être considérées comme producteur européens.*
- Les plateformes peuvent conserver les « droits monde » pour 36 mois maximum*
- Netflix demande un alignement de son taux TVA de 20% sur celui de Canal+ (10%), même si un tel changement nécessiterait une ambitieuse modification des textes européens*
- Amazon et Apple auront un problème sur le calcul de l'assiette de leur chiffre d'affaires. Apple offre un bouquet de services incluant notamment Apple Music. Amazon Prime est lié au service de livraison rapide Prime. Le ministère de finance (le Monde) / le CSA (Les Echos) fixe des clefs de répartition.*
- L'adoption est lié à la loi Ddadue (loi qui reprend le droit européen dans le droit national) permettant la transposition de la SMA en droit national*

c. Italien

Base: Decreto legislativo 31 luglio 2005, n. 177 (Testo unico dei servizi di media audiovisivi e radiofonici)

Art. 44 ter 1. I fornitori di servizi di media audiovisivi lineari, diversi dalla concessionaria del servizio pubblico radiofonico, televisivo e multimediale, riservano al pre-acquisto o all'acquisto o alla produzione di opere europee una quota dei propri introiti netti annui non inferiore al dieci per cento, da destinare interamente a opere prodotte da produttori indipendenti. Tali introiti sono quelli che il soggetto obbligato ricava da pubblicità, da televendite, da sponsorizzazioni, da contratti e convenzioni con soggetti pubblici e privati, da provvidenze pubbliche e da offerte televisive a pagamento di programmi di carattere non sportivo di cui esso ha la responsabilità editoriale, secondo le ulteriori specifiche contenute in regolamento dell'Autorità'.

2. La concessionaria del servizio pubblico radiofonico, televisivo e multimediale riserva al pre-acquisto o all'acquisto o alla produzione di opere europee una quota dei propri ricavi complessivi annui non inferiore al quindici per cento, da destinare interamente a opere prodotte da produttori indipendenti. Tali ricavi sono quelli derivanti dal canone relativo all'offerta radiotelevisiva, nonché i ricavi pubblicitari connessi alla stessa, al netto degli introiti derivanti da convenzioni con la pubblica amministrazione e dalla vendita di beni e servizi, e secondo le ulteriori specifiche contenute in regolamento dell'Autorita'.

Art. 44 quater 1 I fornitori di servizi di media audiovisivi a richiesta soggetti alla giurisdizione italiana promuovono la produzione di opere europee e l'accesso alle stesse rispettando congiuntamente:

... b) gli obblighi di investimento in opere audiovisive europee prodotte da produttori indipendenti in misura pari al 12,5 per cento dei propri introiti netti annui in Italia, secondo quanto previsto con regolamento dell'Autorita'. Fino alla data di entrata in vigore del regolamento dell'Autorita' di cui al comma 1-bis, gli obblighi di investimento di cui alla presente lettera, sono fissati in misura pari al 15 per cento.

1-bis. Con regolamento dell'Autorita' da adottare, sentiti il Ministero per i beni e le attività culturali e il Ministero dello sviluppo economico, la quota di cui al comma 1, lettera b), può essere innalzata, in misura non superiore al 20 per cento, in relazione a modalità d'investimento che non risultino coerenti con una crescita equilibrata del sistema produttivo audiovisivo nazionale ...